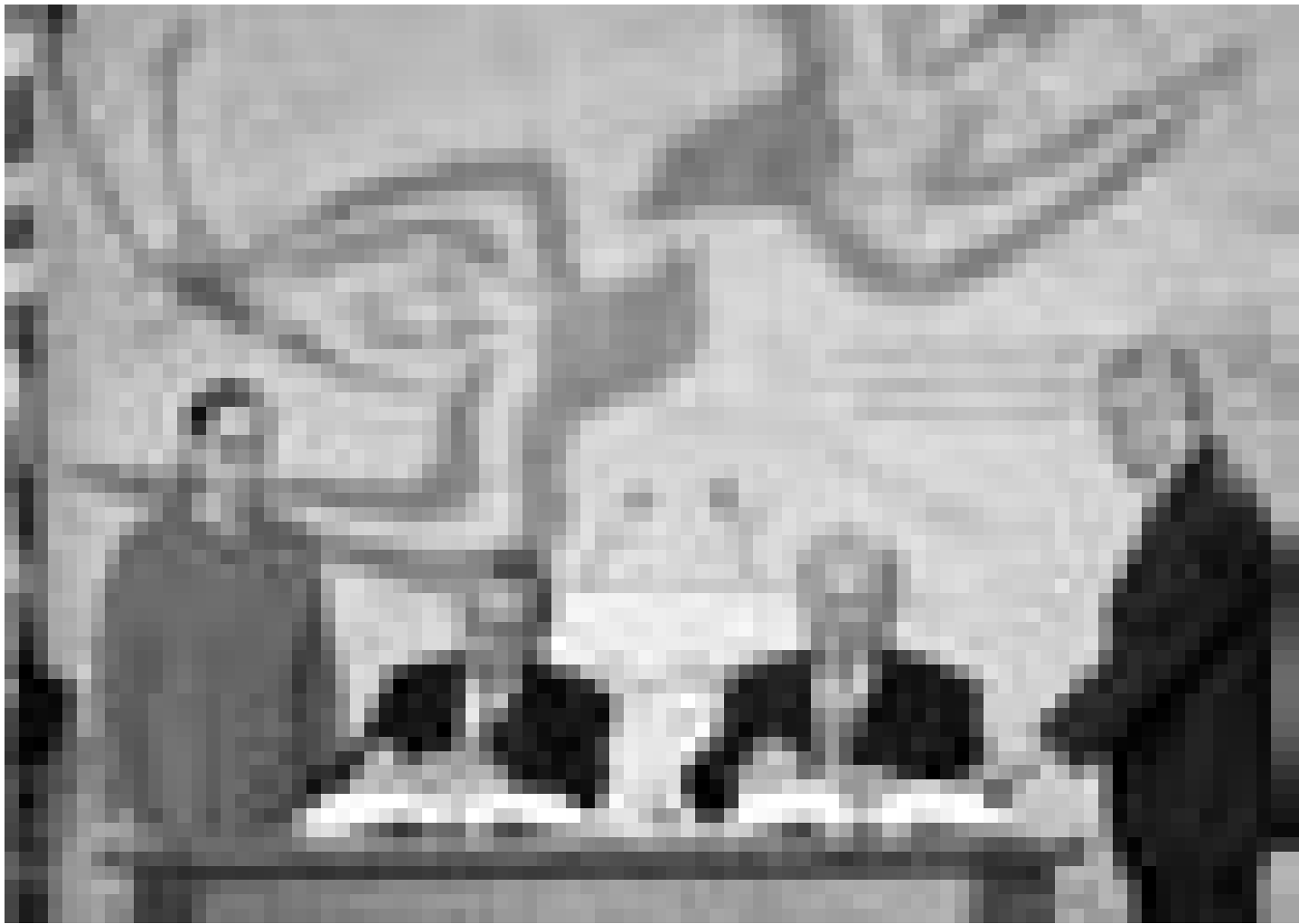


ZYPERN

Geteilt in der Union

Die Griechen sagten
Nein, die Türken sagten
Ja zur Wiedervereinigung
Zyperns. Damit steht
auch die EU vor einem
Problem: Wie verfährt
man mit einem geteilten
neuen Mitglied?



16. April 2003: Zyperns Ministerpräsident Tassos Papadopoulos und Außenminister Gergios Iacovou unterzeichnen den EU-Erweiterungsvertrag. (Foto-EU-Kommission)

Sport ist auch Politik. Wenn die beiden größten Fußballvereine Nikosias, Apoel und Omonia gegeneinander antreten wird das Ereignis der sportlichen Superklasse zumeist auch zu einem Schlagabtausch der größten politischen Parteien im griechischen Südzypern. Die Apoel-Fans schwenken griechische Nationalflaggen und wählen zumeist die konservative Demokratische Sammlungsbewegung (Disy). Omonia wird mit Che-Guevara-Fähnchen angefeuert, von Anhängern, die überwiegend die kommunistische Akel wählen. Akel ist derzeit die größte Partei Südzyperns. Eine Woche vor den Volksabstimmungen über den Wiedervereinigungsplan von UN-Generalsekretär Kofi Annan erschienen die Apoel-Fans mit einem großen "Nein" auf den T-Shirts im Stadion - entgegen der Parteilinie der Disy, die sich zuvor auf ein "Ja" festgelegt hatte. In der Fan-kurve von Omonia wimmelte es dagegen von Trägern mit "Ja"-T-Shirts - auch sie stellten sich damit gegen die Akel-Parteilinie, welche eine Verschiebung der Abstimmungen anstrebte.

Doch außerhalb des Fußballfeldes zeigten sich die Zyperngriechen am vergangenen Samstag weniger gespalten. Eine klare Mehrheit von 75,8 Prozent lehnte den Plan zur Wiedervereinigung ab. Im türkischen Nordzypern befürworteten ihn dagegen 64,9 Prozent der Bevölkerung. Die Diskussion im griechischen Südzypern verlief quer zu traditionellen Parteibindungen,

wobei der Streit vor allem emotional geführt wurde. Noch fünf Tage vor den Abstimmungen gaben 70 Prozent der Bevölkerung an, nicht genau über den Annan-Plan informiert zu sein. Bei der Mehrheit überwog das Gefühl, von "England und den USA verkauft" zu werden, da diese beiden Staaten eigene militärstrategische Interessen verfolgten. Wohlstandschauvinismus und rassistische Vorurteile taten ihr Übriges.

Nachdem man von griechischer Seite über Jahrzehnte die Internationalisierung des Konflikts gefordert hatte, um endlich die verschiedenen UN-Resolutionen seit der türkischen Invasion von 1974 zu realisieren, war nach den Verhandlungen in Luzern die Ernüchterung gefolgt. Kaum jemand hatte sich mit dem Gedanken befasst, dass eine Wiedervereinigung nach 30 Jahren mit schmerzhaften Kompromissen verbunden sei. Auch die Taktik der Parteien, sich auf die Ablehnung aller Vorschläge durch Rauf Denktas und die türkische Armeeführung zu konzentrieren, anstatt eine offene Diskussion in der Gesellschaft zu starten, trägt daran Mitschuld. Ein Aspekt wurde dabei möglicherweise vernachlässigt: Sowohl die USA als auch der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdogan und die türkische Armeeführung sehen die Zukunft der Türkei in der EU. Dieses Ziel ist jedoch ohne vorherige Lösung des Zypernkonflikts nicht zu erreichen. So konnte die Armeeführung

zum Stillhalten gezwungen werden, Erdogan schob Denktas aufs politische Abstellgleis und erzielte in Luzern große Verhandlungserfolge.

Überraschendes Nein

Der von den Zyperngriechen nun abgelehnte Plan erkennt die nach 30 Jahren veränderten Gegebenheiten an. Die türkische Armee würde von einer Besatzungs- zur Garantiemacht, Klagen von Vertriebenen gegen die Türkei sollen zurückgezogen, Entschädigungen vom vereinten Zypern bezahlt werden. Ein Großteil der 90.000 türkischen Siedler soll die zypriische Staatsbürgerschaft erhalten. Neben der gemeinsamen Bundesregierung, die Zypern außenpolitisch repräsentieren soll, sieht der Plan die Entstehung zweier Teilstaaten vor, welche über eine eigene Verfassung und ein eigenes Parlament verfügen sollen. Für wichtige politische Entscheidungen würden beide Seiten über ein Veto-recht verfügen. Zudem soll sich Zypern darauf festlegen, den türkischen EU-Beitritt zu unterstützen. Von den 40.000 türkischen Besatzungssoldaten dürfen in der ersten Phase des Vereinigungsprozesses 9.000 auf Zypern bleiben. Bis 2011 sollen sowohl Griechenland als auch die Türkei über 6.000 Soldaten verfügen, und auch nach einem eventuellen EU-Beitritt der Türkei würden türkische Truppen auf der Insel bleiben.

Vor allem territorial hatte sich der griechische Süden mehr erhofft. In einem Zeitraum von dreieinhalb Jahren

würden die Städte Famagusta und Morfou sowie mehrere Dutzend Dörfer an den griechischen Teil zurückgegeben. Rund die Hälfte der 180.000 Vertriebenen könnte in ihre Häuser zurückkehren. Heute sind 37 Prozent der Insel türkisch besetzt, 29 Prozent sollen unter türkischer Verwaltung bleiben. Großbritannien und die Nato würden dauerhaft über die zwei existierenden Militärbasen verfügen, die acht Prozent des Territoriums entsprechen. Das höchste Gericht soll als Verfassungs- und Schiedsgericht funktionieren. Vertreter beider Seiten hätten in dem Gremium das gleiche Stimmrecht, das durch drei ausländische (vermutlich britische) Richter ergänzt werden soll. So wuchs das Misstrauen, es gehe nicht um ein geeintes, unabhängiges Zypern, sondern um die Installation eines britisch-amerikanischen Protektorats.

Diskutiert wurde das "nationale Thema" Zypern auch in Griechenland. Die sozialdemokratische Pasok und die Allianz der radikalen Linken hatten sich trotz starken Widerspruchs innerhalb der Parteien auf ein "Ja" zur Vereinigung festgelegt. Die konservative Regierungspartei Nea Dimokratia hielt sich alle Möglichkeiten offen und die Kommunistische Partei blieb bei einer entschiedenen Ablehnung des Annan-Plans. Sie forderte auf Demonstrationen die Verwirklichung der UN-Resolutionen von 1977-79, ein "freies, vereintes Zypern zweier Gemeinschaften, ohne Besatzungsmächte,

Nato-Stützpunkte und imperialistische Einmischung". Aus dem Hochsicherheitsknastr Korydallos hatte sich auch ein ehemaliges Mitglied der Guerillagruppe "17. November", Dimitris Koufodinas, in die Diskussion eingeschaltet. Der Annan-Plan orientiere sich weder an den Interessen beider Volksgruppen noch respektiere er internationales Recht. Er bediene allein "die militärisch-strategischen Interessen der USA und Englands, für die Zypern ein unversenkbarer Flugzeugträger im östlichen Mittelmeer darstellt".

Nach dem zustimmenden Votum der türkischen Seite geht es für Griechenland und die Republik Zypern nun vor allem um Schadensbegrenzung. Noch vor den Referenden hatte der griechisch-zyprische Präsident Tassos Papadopoulos angekündigt, alle im Annan-Plan vorgesehenen wirtschaftlichen Verbesserungen für den türkischen Norden, unabhängig vom Ergebnis der Abstimmungen, durchzusetzen. Doch die praktische Durchführung dieser Zahlungen könnte sich als schwierig erweisen.

Wo verläuft die Außengrenze?

Fakt ist, dass das ablehnende Referendum die EU in eine schwierige völkerrechtliche Lage manövriert hat. Formaljuristisch tritt ab dem 1. Mai 2004 die gesamte Insel der Europäischen Union bei. So sieht es der Beitrittsvertrag zwischen der EU und Zypern vor. De facto tritt das Regelwerk der Gemeinschaft, der Acquis Communautaire, allerdings nur im griechischen Südtteil, der international anerkannten Republik Zypern, in Kraft. Für den Norden bleibt es bis zu einer Wiedervereinigung ausgesetzt.

So ist auch die Frage, wo ab dem 1. Mai das Hoheitsgebiet der EU endet, brisant. Nach EU-Definition darf die Demarkationslinie zwischen Nord- und Südzypern nicht als Außengrenze der Union gelten, denn damit würde dem Nordteil automatisch eine völkerrechtliche Anerkennung verliehen. Die "Türkische Republik Nordzypern" wird jedoch bislang als Staat nur von Ankara anerkannt.

"Wir dürfen die Menschen, die beeindruckende Mehrheit vor allen Dingen junger türkischer Zyprioten, die für Europa gestimmt haben, nicht enttäuschen", so der deutsche Außenminister Joschka Fischer am Montag in Luxemburg beim letzten EU-Außenministertreffen vor der Erweiterung. Die Erweiterungspläne sahen vor, dass bis zum Jahr 2006 insgesamt 259 Millionen Euro Regionalbeihilfen nach Nordzypern fließen. Eine solche Hilfe steht jedoch nur EU-Mitgliedern zu. Und dazu wird Nordzypern formal erst nach der Wiedervereinigung.

Ralf Dreis

Ralf Dreis ist freier Journalist und lebt in Thessaloniki.